

# Macht vor Völkerrecht

## **»Unmoralisch und illegal«: Rußlands Präsident Putin übt scharfe Kritik an EU-Politik im Kosovo und an US-Raketenplänen**

In seiner Jahrespressekonferenz im Kreml hat der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag seine Kritik an der westlichen Hegemonialpolitik deutlich zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig verwies er auf die Mitverantwortung der EU-Länder für die wachsenden Spannungen in der Welt. Vor allem hielt er ihnen vor, in der Kosovo-Frage eine Politik der doppelten Standards zu verfolgen, was ihnen eigentlich peinlich sein müßte. »Seit 40 Jahren gibt es de facto die unabhängige Republik Nordzyprien. Warum wurde sie von den Europäern bisher nicht anerkannt?« machte Putin auf die unterschiedlichen Vorgehensweisen der EU-Staaten bei der Lösung der gleichen Probleme in verschiedenen Regionen der Welt aufmerksam.

Die mehrheitlich von Albanern bewohnte südserbische Provinz Kosovo soll nach dem Willen Washingtons und Brüssels von Serbien losgetrennt und in eine überwachte Unabhängigkeit entlassen werden. Das widerspräche dem im Ergebnis der NATO-Aggression gegen Jugoslawien 1999 geschlossenen Friedensvertrag von Kumanowo und der ihr folgenden Resolution des UN-Sicherheitsrates, in der das Kosovo als Teil Serbiens festgeschrieben steht. Mit der Abspaltung der Provinz würde erstmals seit Bestehen der nach dem Zweiten Weltkrieg hergestellten Friedensordnung ein europäischer Staat seiner territorialen Integrität verlustig gehen. Nach Moskauer Auffassung wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, der es auch abtrünnigen Provinzen in den postsowjetischen Republiken Moldawien und Georgien (Transnistrien bzw. Abchasien und Südossetien) ermöglichen würde, mit dem gleichen Recht wie die Kosovo-Albaner ihre staatliche Unabhängigkeit zu reklamieren. Den Versuchen des Westens, mit der vom Sicherheitsrat ausgesprochenen Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit des Kosovos eine neue Rechtslage zu schaffen, steht die russische Vetodrohung gegenüber. Eine einseitig erklärte Unabhängigkeit sei »unmoralisch und illegal«, ließ Putin wissen. Dies bekräftigte gestern auch die serbische Regierung in einer Resolution.

Auf die westliche Politik der Vorrangigkeit politischer Opportunität gegenüber völkerrechtlich festgelegten Prinzipien eingehend, sagte der russische Präsident: »Wenn man sich weiter von der sogenannten politischen Zweckmäßigkeit leiten läßt und den politischen Interessen einzelner Staaten dienen wird, werden dadurch das Völkerrecht und die Weltordnung zerstört.« Der scheidende Staatschef sieht einen Zusammenhang zwischen der Erosion der internationalen Rechtsordnung und der Militarisierung in den internationalen Beziehungen. Da das Völkerrecht die Interessen von kleineren Staaten nicht schütze, komme es zum Wettrüsten, urteilte Putin. »Gäbe es eine feste Ordnung, dann hätte man keine Angst und bestünde nicht die Notwendigkeit, aufzurüsten.«

Eine solche Notwendigkeit sieht Putin für Rußland als gegeben an. Auf die geplante Installierung von US-Abfangraketen in Polen und des Radars in Tschechien angesprochen, sagte er: »Nach Ansicht unserer Experten gefährdet dieses System die Sicherheit unserer Nation. Wenn dieses System aufgestellt wird, werden wir angemessen reagieren und einen Teil unserer Raketen darauf richten müssen.« Wladimir Putin nannte erstmals auch die Ukraine als mögliches Zielobjekt russischer Verteidigungsmaßnahmen. Sollte die Ukraine der NATO beitreten oder militärische Anlagen westlicher Länder auf ihrem Territorium errichten lassen, sagte er, sei Rußland gezwungen, »Raketen auf solche Ziele auszurichten, von denen wir unsere nationale Sicherheit bedroht sehen«. Putin verwies auch darauf, daß die NATO-Beitrittsambitionen der Kiewer Regierung in der Bevölkerung keine Zustimmung fänden.

*Werner Pirker  
Junge Welt 15.02.2008*